

Positionspapier zum Thema „Offshore-Windenergie“ für die Unterweserkonferenz am 14. August 2013

Stellungnahme der Unterweserkonferenz zur Förderung der Offshore-Windenergie

Seit der durch die Bundesminister Altmaier und Rösler ausgelösten Diskussion um die Höhe des Energiepreises, den Einfluss der erneuerbaren Energien und die Erneuerbare-Energien-Gesetz-Umlage (EEG-Umlage) auf den Energiepreis und die daraus abgeleitet geforderte Einfrierung der Ökostromumlage auf dem heutigen Niveau bis 2014 hat sich eine große Verunsicherung in der Branche der regenerativen Energien und insbesondere auch im Bereich der Offshore-Windenergie entwickelt. Diese Verunsicherung, auch bei den Investoren, wurde dadurch verstärkt, dass neue, aber auch schon bestehende Solar- und Windparks einen Beitrag zur Kostendämpfung der Ökostromumlage leisten sollen, d. h. dass rückwirkend Einspeisevergütungen verringert werden sollten. Dieser sehr weitgehende Vorschlag wurde nach dem Energiegipfel am 21.03.2013 zurückgenommen, die Verunsicherung bei den Unternehmen und Investoren im Bereich der erneuerbaren Energien und der Offshore-Windbranche ist jedoch immer noch sehr hoch.

Vor diesem Hintergrund wird mit diesem Positionspapier die Bedeutung der Offshore-Windenergie dargestellt:

1. Die negativen Folgen des Klimawandels und die volkswirtschaftliche Notwendigkeit des Ausbaus der erneuerbaren Energien:

In der öffentlichen Diskussion der letzten Monate dominierte die Frage, wie der Strompreisanstieg gestoppt werden kann. Als Hauptverursacher für diesen Strompreisanstieg wurde in der Öffentlichkeit die regenerative Energieerzeugung dargestellt. Bei dieser Diskussion tritt der Grund für die Investitionen in erneuerbare Energien, nämlich der fortschreitende Klimawandel, in den Hintergrund. Daher soll hier noch einmal eindringlich an die u. a. durch den ehemaligen Chefökonom der Weltbank, Herrn Nicholas Herbert Stern, herausgearbeiteten volkswirtschaftlichen Kosten durch den Klimawandel und die auch volkswirtschaftlich begründete Notwendigkeit, möglichst frühzeitig in erneuerbare Energien zu investieren, erinnert werden. Stern kommt in dem sogenannten Stern-Report u. a. zu folgendem Ergebnis:

„Die Beweise zeigen, dass das wirtschaftliche Wachstum Schaden leiden wird, wenn man den Klimawandel ignoriert. Durch unser Verhalten jetzt und über die nächsten Jahrzehnte, könnte das wirtschaftliche und soziale Leben später in diesem Jahrhundert und im nächsten maßgeblich gestört werden. Und es wird auch schwierig, wenn nicht gar unmöglich, diese Änderungen rückgängig zu machen. Die Bekämpfung des Klimawandels ist langfristig gesehen eine Pro-Wachstum-Strategie und kann auf eine Weise erfolgen, die Wachstumsambitionen reicher und armer Länder nicht behindert. Je früher wirksam gehandelt wird, desto geringer werden die Kosten sein“.

Die Kosten des Klimawandels müssen wir heute schon tragen:

Deicherhöhungen werden mit öffentlichen Mitteln durchgeführt, Extremwetterereignisse mit entsprechenden Schäden häufen sich, die Niederschlagsverteilung im Laufe des Jahres verändert sich mit negativen wirtschaftlichen Folgen u. a. für die Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion. Diese Folgen, die sogenannten externen Kosten der Verstromung von fossilen Rohstoffen, werden bei der Strompreisbildung nicht berücksichtigt.

Die Kosten der erneuerbaren Energien werden sehr transparent in der sogenannten EEG-Umlage dargestellt und sind für jeden Verbraucher auf der Stromrechnung nachvollziehbar. Eine Ausweisung der externen Kosten, die durch die Nutzung fossiler Rohstoffe, die Endlagersuche und Endlagerung von Atommüll etc. entstehen werden auch

über die Steuern durch die Verbraucher gezahlt, jedoch werden diese Kosten nicht transparent auf der Stromrechnung dargestellt.

Verschiedene Studien kommen zu dem Ergebnis, dass bei der Berücksichtigung der externen Kosten die Strompreise für konventionelle Energieerzeugung (Kernkraft, Kohle) deutlich über den Kosten je Kilowattstunde der erneuerbaren Energien liegen würden.

2. Gute Gründe für die Investitionen in die Offshore-Windenergie und deren kontinuierlichen Ausbau:

Die Windgeschwindigkeit auf der Nord- und Ostsee liegt rund 40 % über der Windgeschwindigkeit in den Küstenbundesländern. Da der Energiegehalt der bewegten Luft nicht linear mit der Windgeschwindigkeit ansteigt, sondern mit der dritten Potenz, bedeutet dies, dass gegenüber einer mittleren Jahreswindgeschwindigkeit von z. B. sieben Metern pro Sekunde (küstennaher Standort) bei einer durchschnittlichen Geschwindigkeit von zehn Metern pro Sekunde auf Nord- und Ostsee die dreifach Strommenge produziert werden kann. Aus dieser physikalischen Beziehung erklärt sich, dass auch deutlich höhere Investitionen für Offshore-Windkraftanlagen sich durch die deutlich höheren Energieerträge amortisieren können und werden.

Offshore-Windkraftanlagen haben in der Nordsee bewiesen, dass über 4.500 Volllaststunden pro Jahr in Offshore-Windparks erreicht werden. An Land können je nach Güte des Standortes 1.800 bis 2.600 Volllaststunden erreicht, Photovoltaikanlagen bringen es auf 800 bis 1.000 Volllaststunden im Jahr.

Damit ist in diesem Vergleich die Offshore-Windenergie die einzige Technologie, die fast Grundlastqualität erreicht. Wegen der höheren Verfügbarkeit der Offshore-Windenergie bedarf es deutlich weniger Investitionen in Speichertechnologien oder Reserveproduktionskapazitäten als bei anderen, deutlich weniger verlässlichen erneuerbaren Energieproduktionstechnologien.

Verschiedene Szenarien gehen von einem Anteil der Stromerzeugung durch Offshore-Windenergie im Jahre 2050 zwischen 30 und 70 % aus. Sollte durch die Schaffung bzw. Beibehaltung von Investitionshindernissen für die Offshore-Windenergie eine Zubaulücke entstehen, so kann diese nur durch mehrere Tausend neue Windenergieanlagen an Land, zusätzlich zu den bereits vorgesehenen Ausbauszenarien oder auch die längere Laufzeit und/oder den Neubau von Kernkraftwerken gefüllt werden.

Im Vergleich zur heutigen Photovoltaikvergütung ist die Offshore-Windenergie bereits jetzt deutlich günstiger, eine weitere Reduzierung der Einspeisevergütung durch technologische Innovation und Lerneffekte und damit Kostenreduktion ist zu erwarten.

Offshore-Windenergie ist unkorreliert zur Windeinspeisung im Süden, das bedeutet, dass bei Windangebot im Norden gleichzeitig statistisch in Süddeutschland wenig Wind weht und umgekehrt. Das wiederum bedeutet, dass durch die Offshore-Windenergie Einspeisespitzen bzw. -flauten an Land kompensiert werden können, was die Netzsteuerung vereinfacht.

Die Offshore-Windenergie schafft Arbeitsplätze und Umsatz nicht nur an der Küste, sondern in ganz Deutschland. Bereits heute arbeiten über 10.000 Menschen in der deutschen Offshore-Industrie, bis 2021 werden bis zu 33.000 Beschäftigte erwartet. Die Wertschöpfung findet zu 74 % in mittelständischen Unternehmen statt, und hier wiederum vor allem in den Maschinenbaustandorten wie Nordrhein-Westfalen, Baden Württemberg, Bayern aber auch Niedersachsen. Die Offshore-Windenergie wirkt also nicht nur strukturfördernd in den Küstenländern, sondern sorgt auch für Beschäftigung und Auslastung in den traditionellen Maschinen- und Anlagenbaustandorten.

3. Forderung zur Absicherung des Offshore Ausbaus:

Trotz der guten und eigentlich auch überzeugenden Argumente für die Offshore-Windenergie befindet sich diese heute in einer sehr schwierigen Situation:

Aktuell werden in der deutschen Nordsee sechs Offshore-Windparks aufgebaut, sowohl die Produktionsunternehmen als auch die Reedereien und Logistikstandorte befinden sich noch in der Phase der Auslastung. Allerdings fehlen Anschlussaufträge, da wegen der Diskussion über das EEG und dessen Zukunft keine Investitionssicherheit mehr ge-

geben ist. Wegen der langen Produktions- und Aufbauzeiten von über fünf Jahren zwischen Investitionsentscheidung und erster Stromspeisung werden heute aktuell keine Investitionsentscheidungen mehr getroffen, da die Einspeisevergütung zum Zeitpunkt der ersten Einspeisung heute nicht gesichert ist. Damit lässt sich keine Wirtschaftlichkeit für eine Milliardeninvestition herstellen. Dieser Investitionsstopp muss sehr zeitnah beendet werden, um die gerade geschaffenen rund 10.000 Arbeitsplätze, vor allem an der Küste, zu sichern.

Anhand der aufgeführten Argumente fordert die Unterweserkonferenz

die Förderung und den Ausbau der Offshore-Windenergie. Zur Absicherung des Offshoreausbaus ist es erforderlich, die Einspeisevergütung für Offshoreanlagen zum Zeitpunkt der ersten Einspeisung zu sichern und eine für Investoren verlässliche und kostendeckende Festschreibung der Einspeisevergütung vorzunehmen.